
Berliner Debatte

Initial

Sonderdruck

2

15. Jg. 2004

Die Überflüssigen

Bude

Eine neue
soziale Frage?

Vogel

Folgen der
Arbeitslosigkeit

Baltzer

Symbolische
Ghettoisierung

Oswald

Neue
Migrationsmuster

Baecker

Die mögliche Rolle
der Universitäten

Die Überflüssigen

— Zusammengestellt von Andreas Willisch —

Editorial	2	<i>Dirk Konietzka, Peter Sopp</i> Gespaltener Arbeitsmarkt – ausgeschlossene Individuen?	34
<i>Heinz Bude</i> Gibt es eine neue soziale Frage?	6		
<i>Berthold Vogel</i> „Überzählige“ und „Überflüssige“. Empirische Annäherungen an die gesellschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit	11	<i>Patrick Baltzer</i> Prozesse der „symbolischen Ghettoisierung“. Ein Ansatz zu einer Ethnologie der Ausgrenzung	50
<i>Volker Eick</i> Integrative Strategien der Ausgrenzung. Der exklusive Charme des privaten Sicherheitsgewerbes	22	<i>Ingrid Oswald</i> Neue Migrationsmuster – Flucht aus oder in „Überflüssigkeit“?	58
<hr/>			
<i>Holger Alda, Friedrich Hauss, Rainer Land, Andreas Willisch</i> Erwerbsverläufe und sekundärer Integrationsmodus	70	<i>Thomas Müller</i> Redundanz und Reformpoesie. Die Universität als Institution und Organisation	105
<i>Stefan Mann</i> Die Entsiedelung ländlicher Räume und das Agrarsystem	86	Besprechungen und Rezensionen <i>Harald Bluhm</i> Reflexionen zu Michel Winock „Das Jahrhundert der Intellektuellen“	117
<i>Dirk Baecker</i> Der Kulturdialog Was leisten die (Kultur-)Wissenschaften und worin besteht die mögliche Rolle der Universitäten?	96	Manuel Castells: Das Informationszeitalter. Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur Rezensiert von <i>Guido O. Kirner</i>	125

Editorial

Kann man als Sozialwissenschaftler erahnen, was es bedeutet, „überflüssig“ zu sein? Was genau damit bezeichnet werden soll? Natürlich!, möchte man antworten. Die Profession selbst ringt um den Stuserhalt – mit negativem Ausgang: die Soziologie der FU Berlin wird aufgelöst, landauf, landab stehen sozialwissenschaftliche Fakultäten zur Disposition; dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, früher eine Hochburg der Soziologie, steht heute ein ausgewiesener Sozialhistoriker vor. Die Arbeit der „fünf Wirtschaftsweisen“ schafft zwar viele soziale Probleme, aber keine Beschäftigung für Soziologen. Dabei liegt die Arbeit doch auf der Straße. In den Buchläden boomen Biographien, nur sind die Ghostwriter dieser neuen Bestseller keine Biographieforscher, sondern Journalisten. Auch die „Berater“, denen zur Zeit die Türen zur Macht geöffnet werden, verstehen sich selbst als Medienexperten, geübt, den Schein aufzupolieren. Es gibt keinen Bedarf an neuen soziologischen Fragen, wir haben auch so schon genug Probleme.

„Die Überflüssigen“ waren immer die Boten der Zukunft. Bei Oblomow, dem Vater aller Überflüssigen, kündigt der geschäftstüchtige Freund Stolz vom Aufkommen des Kapitalismus in Rußland. Die Menschen, die Walter Ballhause während „der großen Krise“ fotografiert hat, wirken wie die Flaneure des Elends: Sieben Straßenbauarbeiter arbeiten mit Preßluftschlämmern, fünfundzwanzig stehen hinter der Absperrung und schauen zu.

„Das Lied vom überflüssigen Menschen“ von Johannes R. Becher beschwört schon den Sozialstaat und die soziale Marktwirtschaft des 20. Jahrhunderts:

Überflüssige Menschen,
Wozu braucht Euch die Fabrik?!
Arbeit gibt's in Überfluss.
Seid zufrieden damit.

Überfluß ist an Hunger,
Überfluß hat die Not
Augen fließen über
Und färben sich rot.

Was die Kinder auf den Fotos nur hinter Schaufenstern oder auf Fotografien bewundern dürfen, steht im zweiten Teil von Bechers Gedicht:

Er hat einen guten Schlaf
Der *überflüssige Mensch*
...

Er kleidet sich, wie's ihm gefällt,
Das Neueste ist nicht neu.
Überflüssiges Geld
Es ist ihm einerlei.

Er braucht, wenn er nicht will
keinen Schritt zu Fuß zu gehen.
Er kann über Wolken fliegen
Und die Erde versinken sehn.

Der überflüssige Mensch,
Er weiß es nicht,
Daß er im Überfluß lebt
Und er überflüssig ist.

Das war noch Klassenkampf. 30 Jahre später gibt es dank Wohlfahrtsstaat und Kaltem Krieg diese Bilder nicht mehr. Die Tarifgefechte verlaufen in ritualisierten Bahnen, die Be-

triebsverfassung regelt die Mitsprache, und die Mittelstandsgesellschaft regiert.

Wovon sollen nun, wenn es stimmt, daß es sie gibt, die Überflüssigen von heute künden? Sind sie wiederum Beleg eines neuerlichen dramatischen Wandels moderner wohlfahrtsstaatlicher Gesellschaften? Der Kapitalismus bricht aus den Nationalgesellschaften aus, dabei implodieren die nach Wachstum schreienden Türme nationalen Wohlstands. Zum ersten Mal seit mehr als fünfzig Jahren steht die Zukunft auf dem Spiel. Geringes Wirtschaftswachstum bei stetig hoher Arbeitslosigkeit, wachsende Gesundheitskosten und eine alternde Gesellschaft. Der geringe Zuwachs reicht nicht mehr für die rasch wachsenden Probleme. Wo sie nicht wächst, schrumpft die Gesellschaft. Der Verteilungsspielraum wird enger. Der Verteilungskampf härter. Das erinnert an Max Weber, der in Zeiten relativen Wohlstands ständische Sozialbeziehungen der angemessenen, gefälligen Lebensführung aufwachsen sah und in Zeiten rapider ökonomischer Entwicklung das Vordringen klassenförmiger Konkurrenz. Aber damit ist nur die Richtung angedeutet. Ob Menschen, die eben noch als Siemens-Angestellte die nivelierte Mittelstandsgesellschaft repräsentierten, bereit sind, den neuen Klassenkampf anzunehmen, oder ob sie wie Oblomow starr die Fundamente ihrer Existenz wegieseln sehen, sollte die Soziologie erklären können.

Bei den Sozialwissenschaftlern, die sich mit dem Thema überhaupt beschäftigten, ist ein Wettstreit ausgebrochen: Wer liefert die dramatischste Elendsbeschreibung für postfordistische Wohlstandsgesellschaften? Sozialhilfe, Langzeitarbeitslosigkeit, Vertreibung, soziale Isolation und fehlende Sozialleistungen – und am besten alles zusammen – markieren soziale Ausgrenzung. Der Industriekapitalismus sei wieder an seinen Wurzeln im 19. Jahrhundert angelangt. Doch wenn Armut und Arbeitslosigkeit in klassenkämpferischer Pose für einen Begriff sozialer Ausgrenzung in Anschlag gebracht werden, bringt sich die Soziologie um die Gelegenheit, den fundamental anderen Charakter eines gesellschaftlichen Wandels zu begreifen. Bildungsrevolution, Wohlfahrtsstaat und individualisierte

Lebensführung sind eben mehr als „politisch herbeigeführte“ Möglichkeiten der flexiblen Ausbeutung der Arbeitskraft (Steinert 2003: 283). Sie haben auch die emanzipatorischen Ansprüche aller Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben wachsen lassen.

Nicht selten werden die Ergebnisse einer Entwicklung für die Entwicklung selbst gehalten, deshalb erscheinen Ausgrenzung und Exklusion als Probleme der Menschen am Rand der Gesellschaft. Wenn Ausgrenzung aber als Prozeß gedacht werden muß, dann führt die Beschreibung von – wenn auch dramatischen – Zuständen nicht weiter. Der „Einbruch des Prekären, Diskontinuierlichen, Flockigen, Informellen“ (Beck 2000: 8) betrifft die gesamte Gesellschaft und mithin alle für sicher gehaltenen Bastionen. Viele Menschen gelangen erst infolge einer „sukzessiven Entwertung“ (Ingrid Oswald in diesem Heft) an den Rand. Wir müssen daher dabei bleiben, soziale Ungleichheit sozialstrukturell als hierarchisches Modell beizubehalten und gleichzeitig die Dichotomie des Ein- und Ausschlusses, Ein- und Ausgliederns weiterzudenken. Der Begriff „die Überflüssigen“ versucht diejenigen zu benennen, die sich in diesem Prozeß befinden. Beispielsweise jene Berliner Finanzamtsangestellte, deren Stelle trotz sich auf ihrem Schreibtisch stapelnder Akten als „kw“ vermerkt wurde, weil im Finanzamt Stellen eingespart werden sollten. Die Berliner Zeitung vom 11. Mai 2004 berichtete, daß der Finanzsenator der Stadt trotz fehlender Mitarbeiter zehn Prozent seiner Angestellten für „künftig wegfallend“ erklärte, um seinen Kollegen im „Sparsenat“ ein Beispiel zu geben. Genau eine Woche später – am 18. Mai 2004 – titelt die Berliner Zeitung: „Berlin spart – der Senat nicht. ... Fünftausend Beschäftigte zuviel“. Das Irritierende daran ist, daß wohl beides stimmt. Die junge Finanzbeamtin muß also nicht nur die viele Arbeit auf ihren Schultern tragen, sondern sich auch noch für latent schmarotzend halten lassen. Hier schon beginnt ein „Entwertungsprozeß“. Der Zustand der Arbeitslosigkeit ist nicht der Beginn, sondern ein Scheidepunkt des Überflüssig-Werdens.

Arbeitslosigkeit – auch Langzeitarbeitslosigkeit – ist zunächst ein Begriff der Sozial-

gesetzgebung und zählt alle, die Arbeitslosenunterstützung erhalten. Er umschließt auch jene, die schwarz arbeiten (davon mag man halten, was man will), und jene Bauarbeiter, Landarbeiter und andere saisonal Beschäftigte, die über den Winter „kontrolliert“ Arbeitslosengeld beziehen, um ihren Unternehmen nicht auf der Tasche zu liegen, aber im Frühjahr wieder eingestellt werden. Andererseits zählt der Arbeitslosenstatus nicht die prekär Selbständigen und ebensowenig die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger. Im Grunde genommen beschreibt der Begriff Arbeitslosigkeit einen (Versicherungs-)Zustand. Wie Sozialhilfe nicht mit Armut gleichgesetzt werden kann, so kann Arbeitslosigkeit nicht als Indiz für soziale Ausgrenzung herhalten. Was wir annehmen dürfen – und was viele meinen, die Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung oder Überzähligkeit zusammendenken –, ist, daß die Arbeitslosen ihren Job verloren haben und damit ihr Ort in der Gesellschaft unsicher und unsichtbar geworden ist.

Was Arbeitslosigkeit zu einem Problem macht, ist nicht nur, daß die Betroffenen von einem Arbeitgeber rausgeschmissen wurden – also für nicht gut genug befunden wurden und weniger Einkommen haben –, sondern daß sie dabei eine Position relativer Ruhe – denn wer einen Arbeitsvertrag hat, ist eben nicht auf dem (Arbeits-)Markt – mit geregelten Arbeitszeiten, abgesteckten Aufgaben und gelebter Vergesellschaftung eintauschen müssen gegen eine Situation, in der sie sich ständig anbieten, verkaufen, bewerben müssen, um immer wieder für ungeeignet, unvollkommen gehalten zu werden. Das geht dann, nachdem man sich bei der Agentur für Arbeit vorgestellt hat, weiter: einige zum Bewerbungstraining, andere zur Umschulung, Jüngere ins Jump-Programm und die Besseren zur Ich-AG. Beim Sozialamt ist das nicht anders. Dort wird zuerst nach Arbeitsfähigkeit sortiert. Die Umstellung der „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ auf die nach Hartz „aktivierende“ vollzieht im Grunde nur diese Entwicklung nach. Wenn „McKinsey kommt“, steigt die Angst vor dem Absturz. *Empowerment, Assessment, Outplacement* sind die Vokabeln eines auf den individuellen Einzelfall bezogenen Umerziehungsprozesses.

Volker Eick beschreibt in seinem Aufsatz anschaulich, wie selbst „Arme gegen Arme in Anschlag“ gebracht werden. So viel sortiert wurde noch nie, und nichts belegt den Umbau einer Gesellschaft deutlicher. Es ist ein Prozeß „permanenter Selektion“, wie Berthold Vogel schreibt – von Arbeitgebern, von Ämtern, von Nachbarn. Selektiert zu werden, heißt integriert zu sein. Diesbezüglich ist der Begriff „die Überflüssigen“ besser, weil er diejenigen, die dauernd selektiert und prozessiert werden, unabhängig von ihrer sozialrechtlichen und sozialstrukturellen Situation erfaßt und gleichzeitig das Neue sozialen Wandels wohlfahrtsstaatlicher Gesellschaften im Blick behält.

Soziologische Kategorien sind zunächst Kategorien an sich. Niemand muß sich selbst permanent als überflüssig bezeichnen, um die Existenz einer wissenschaftlichen Kategorie zu rechtfertigen. Jemanden der soziologischen Kategorie „die Überflüssigen“ zuzuordnen bedeutet, diesen Selektions-, Entwertungs- und Umerziehungsprozeß, in dem sich Menschen befinden können, zu analysieren. Dahinter stehen sehr oft neoliberale politische Konzepte, nicht selten aber auch gut gemeinte soziale Hilfskonzepte, die sich in ihr Gegenteil verkehrt haben. Der Begriff „die Überflüssigen“ wendet sich gegen partikularistische und fragmentierende Vorstellungen und Praktiken von Politik. Indem Überflüssigkeit zum Thema wird, wird jeder Gebrauch von Nützlichkeits- und Effizienzkriterien für die Integration moderner Gesellschaften kritisiert. Gerade soziale Rechte dürfen nicht durch Nützlichkeitsabwägungen wie Arbeitsfähigkeit, Gebärfähigkeit oder Sportlichkeit auf- oder abgewertet werden. Ihre Universalität zu unterstreichen heißt aber auch, die Kleinteiligkeit sogenannter Problemgruppenförderung aufzugeben.

Die Autoren im vorliegenden Schwerpunkt gehen unterschiedlich kritisch mit der Kategorie „die Überflüssigen“ um. *Berthold Vogel* sieht in ihr vor allen Dingen einen Kristallisationskern der neuen sozialen Frage. *Heinz Bude* betont noch einmal, daß mit der Globalisierung eine neue Spaltung der deutschen Gesellschaft droht. Der Exklusionsbegriff treffe nicht die Randgruppen, sondern das Herz der Gesellschaft. Dagegen wendet sich

Volker Eick. Für ihn sind es besonders die Ränder der Gesellschaft, die nach einem sozialen auch noch einen räumlichen Selektionsprozeß über sich ergehen lassen müßten. Ähnlich argumentiert *Patrick Baltzer* in seiner Beschreibung einer Verdrängung. Erst würden Stadtquartiere symbolisch abgewertet, und erst darauf folgt die Beseitigung des herbeigeredeten Mißstands. *Peter Sopp* und *Dirk Konietzka* plädieren in ihrem Beitrag dafür, den Exklusionsbereich einer Gesellschaft nicht an der Grenze zur Beschäftigung festzumachen, da die verschiedenen Teilarbeitsmärkte schon definitionsgemäß ein- und ausschließenden Charakter haben. Sie argumentieren, daß eine verlaufsorientierte Sichtweise von Exklusionsprozessen am Arbeitsmarkt diese Engführung vermeidet. *Ingrid Oswald* schlägt am Schluß des Schwerpunkts noch einmal einen weiteren Bogen und zeigt, daß die neuen „Transmigranten“ in ihrer Heimat Erfahrungen mit Überflüssigkeit machten, in Deutschland aber Arbeitsplätze übernehmen, die es in der Arbeitnehmerwelt von gestern noch gar nicht gab.

Andreas Willisch

Literatur

- Ballhause, Walter; Becher, Johannes R. (1981): Überflüssige Menschen. Leipzig
- Beck, Ulrich (2000): Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgerschaft. Frankfurt a.M./New York
- Steinert, Heinz (2003): Die kurze Geschichte und offene Zukunft eines Begriffs: Soziale Ausschließung. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 2, S. 275-285
- Weber, Max (1976): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen

Berichtigung zu Heft 2003-2:

Im Beitrag von Henry Krisch haben sich zwei Fehler eingeschlichen:

1. Auf S. 23 muß es heißen, "IREX entsandte Henry Krisch 1972 in die DDR"
2. Die Angaben zu ausgewählten frühen nord-amerikanischen Monographien zur DDR (S. 27) beziehen sich ausschließlich auf die Zeit vor 1983, dem Jahr der Gründung der GDRSA.

Holger Alda, Friedrich Hauss, Rainer Land, Andreas Willisch¹

Erwerbsverläufe und sekundärer Integrationsmodus

Ergebnisse einer empirischen Untersuchung

Die seit Jahren hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland hat nach unseren Befunden zu Veränderungen des Erwerbssystems und der Erwerbsverläufe geführt, die von grundsätzlicher Bedeutung zu sein scheinen. Neben die beiden schon seit den 1970er Jahren bekannten Formen – kurzzeitige Arbeitslosigkeit als Lücke zwischen zwei Beschäftigungsverhältnissen einerseits, Langzeitarbeitslosigkeit über viele Monate und Jahre andererseits – ist ein neuer Verlaufstyp getreten: Unterbrochene Erwerbsverläufe, sich wiederholende Wechsel zwischen Beschäftigung, Leistungsbezug (Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe) und Maßnahmen (Umschulungen, Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen) wurden für einen relevanten Teil der abhängig Beschäftigten zum typischen Erwerbsverlauf.

Darin kommt u.E. eine *neue Funktionsweise* des Erwerbssystems und seiner Institutionen zum Ausdruck. Der folgende Beitrag soll theoretische Überlegungen und empirische Untersuchungen dazu vorstellen und insbesondere die Größenordnung dieser neuartigen Erwerbsverläufe in Ostdeutschland vergleichend abschätzen.

1. Das Konzept des „sekundären Integrationsmodus“

Die *Kernthese* der Untersuchung lautet, daß wir in Ostdeutschland einen neuen arbeitsgesellschaftlichen *Integrationsmodus* beobachten können, den wir „sekundäre Integration“ nennen und der sich in neuartigen Erwerbsverläufen ausdrückt. Dieser Integrationsmodus

ist auch in Westdeutschland zu beobachten, wenn auch mit deutlich geringerem Anteil an der Erwerbsbevölkerung.

Unter *sekundärem Integrationsmodus* verstehen wir eine neuartige, unter den Bedingungen der anhaltenden Arbeitsmarktkrise in Ostdeutschland entstandene Funktionsweise des Erwerbssystems, der zur Erwerbsarbeitsgesellschaft gehörenden Institutionen und Instrumente an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Lebensführung der Individuen.

Um die „sekundäre Integration“ darstellen zu können, soll zunächst die „normale“ Funktionsweise der arbeitsgesellschaftlichen Integration rekapituliert werden.

Erwerbsarbeit ist funktional stets doppelt bestimmt und eingebettet: als Produktionsfaktor ist sie an Verwertungs- und Reproduktionsbedingungen des Wirtschaftssystems gebunden, als Teil der Lebensführung und Einkommensgrundlage der Individuen und Familien ist sie an lebensweltliche Reproduktionsbedingungen gekoppelt und Teil biographischer Lebenskonstruktionen. Die Bedingungen der Einbindung von Erwerbsarbeit in die Lebensführung der Individuen einerseits und in das Wirtschaftssystem andererseits können aber nicht a priori übereinstimmen. Schon die natürlichen und kulturellen Bedingungen des Lebenslaufs – Kindheit, Jugend, Erwerbsphase und Alter – schließen eine vollkommene Synchronität des Lebens mit der Erwerbsarbeit aus. Die Populationsentwicklung der Bevölkerung kann mittel- oder gar kurzfristig ebensowenig an einen sich verändernden Arbeitskräftebedarf des Wirtschaftssystems angepaßt werden, wie umgekehrt die wirtschaftlichen

Entwicklungen einer kapitalfinanzierten Wirtschaft kurzfristig den lebensweltlich bedingten Erwerbsbedürfnissen der Bevölkerung folgen können. Eine auf Erwerbsarbeit beruhende Kopplung von Wirtschaft und Lebensführung hat Widersprüchliches zu vermitteln und komplexe Vermittlungsleistungen zu erbringen, zu denen insbesondere der Ausgleich von Inkompatibilitäten zwischen wirtschaftlicher Verwertung und Lebensführung gehören. Jede moderne Gesellschaft, in welcher Wirtschaft und Leben der Individuen nicht mehr dasselbe sind, benötigt besondere Institutionen wie Arbeitsrecht, Sozialstaat oder auch Bildungssysteme, die die erforderlichen Kopplungen herstellen und regulieren – z.B. den Einstieg in die und den Ausstieg aus der Erwerbsarbeit regulieren, Unterbrechungen ermöglichen, Transfereinkommen für Nichterwerbszeiten generieren usw. In einer auf Arbeitsteilung gegründeten modernen Gesellschaft, in der Unternehmen und private Haushalte, Betriebe und Familien nicht zusammenfallen, sind diese Institutionen nicht familiär, sondern gesellschaftlich (systemisch) organisiert, und die dafür erforderlichen Einkommenstransfers erfolgen nur zu einem kleinen und zudem abnehmenden Teil innerhalb der Lebenswelten. Familiäre Transfers werden durch gesellschaftlich organisierte Transfersysteme zwischen Erwerbs- und Nichterwerbstätigen (vor allem zwischen den erwerbstätigen und den nicht-erwerbstätigen Generationen) abgelöst, insbesondere durch staatliche Transfers, organisierte Umlagesysteme, private Kapitalvermögensbildung und Versicherungssysteme.

In der fordistischen Erwerbsarbeitsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland (näherungsweise in den 1960er und frühen 1970er Jahren in der Bundesrepublik) wird die Kompatibilität zwischen dem benötigten Arbeitskräftepotential und den vom Lebenslauf und den Lebensweisen der Bevölkerung abhängigen Erwerbsbedürfnissen überwiegend durch sozialstaatlich verfaßte Systeme, eine Mischung aus staatlichen und Organisationstransfers, gewährleistet. Dazu gehören Instrumente wie Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und teilweise auch die Sozialhilfe, verschiedene Instrumente der Arbeitsvermittlung, der aktiven

Arbeitsmarktpolitik, der Förderung des Berufseinstiegs, der Qualifikation und Umschulung. Sie ermöglichen nicht nur den Einstieg in die und den Ausstieg aus der Erwerbsarbeit, sie können auch konjunkturelle Schwankungen ausgleichen und durch Strukturwandel entstehende Inkompatibilitäten überbrücken.

Diese Instrumente wurden in den Früh- und Hochzeiten der fordistischen Arbeitsgesellschaft perfektioniert und erfüllten ihre Funktionen unter den Bedingungen annähernder Vollbeschäftigung weitgehend. In der fordistischen Erwerbsarbeitsgesellschaft der Bundesrepublik fanden wir daher zwei typische Erwerbsverläufe: Der eher für Männer typische begann mit dem Berufseinstieg, häufig mit einer entsprechenden Berufsausbildung, und endete mit dem Übergang in transferfinanzierte Altersruhe. Die dazwischen liegende Erwerbsphase war relativ lang. Arbeitgeberwechsel waren für die meisten Branchen und Berufe eher selten, und die dabei entstehenden meist nur kleinen Lücken wurden durch kurzzeitigen Leistungsbezug geschlossen, der als „Brücke“ aus einem Beschäftigungsverhältnis in das nächste fungierte. Nicht selten hatten solche Erwerbsverläufe gar keine Unterbrechungen.

Ein zweiter Typ der Erwerbsbiographie, der für Frauen typisch war, schloß längere Unterbrechungen ein, vor allem Kindererziehungs- und Hausarbeitszeiten. Zudem war und ist Teilzeitarbeit in diesen Erwerbsverläufen häufiger. Diese aus der Lebensführung bedingten Unterbrechungen waren nur in geringem Maße durch gesellschaftliche Transfersysteme vermittelt, hier überwogen lebensweltliche Transferbeziehungen zwischen den Ehepartnern. Inzwischen wächst auch hier der Anteil gesellschaftlich organisierter Transfers für Mütter und Kinder, nicht zuletzt durch den Gebrauch der Sozialhilfe zur Finanzierung von Kindererziehung bei Alleinerziehenden.

Ein Teil der Frauen war gar nicht oder nur wenige Jahre erwerbstätig. Dementsprechend sind auch die Ansprüche auf Altersruhegelder gering bzw. an den Ehepartner gekoppelt. In dieser fordistischen Phase war die Erwerbsquote der Männer sehr hoch, die der Frauen deutlich geringer, wuchs aber in den 1970er

Jahren. Dagegen verringerte sich der vor dem Zweiten Weltkrieg noch vergleichsweise hohe Anteil von Nicht-Erwerbsarbeit in traditionellen Sektoren, bei denen Haushalt und Unternehmen identisch und Arbeits- und Lebensweise nicht getrennt sind.

Die prekären Phasen, die zwischen Beschäftigungen oder nach einer längeren Unterbrechung der Erwerbstätigkeit (Hausarbeitszeiten, Kindererziehung) beim Wiedereinstieg in das Erwerbssystem eintreten konnten, waren meistens kurz, wobei die Personen, die keine Unterbrechungen in ihrer Berufsbiographie hinnehmen mußten, in der Mehrzahl Männer, deutlich bessere Einkommens- und Aufstiegschancen hatten. Nur ausnahmsweise und nur zeitweilig mußten größere Arbeitsmarktkrisen (1967 und 1972) bewältigt werden. Ein beschleunigter Strukturwandel in bestimmten Branchen oder Regionen führte zu tiefergehenden Umstellungen und etwas längeren Unterbrechungen, z.B. durch Umschulungen und Qualifikationsmaßnahmen, jedoch konnten noch in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre Brüche in den Erwerbsverläufen zumeist durch Anschluß einer neuen Beschäftigung überwunden werden. Die Gruppe dauerhaft oder langanhaltend aus der Erwerbsarbeit Ausgeschlossener blieb unter diesen Bedingungen klein.

Allerdings mußte der Wirkungsbereich dieser ausgleichenden Institutionen und Instrumente in den späten 1970er und den 1980er Jahren mit einem von Rezession zu Rezession wachsenden Sockel von Arbeitslosen immer weiter ausgedehnt werden. Zunächst führte dies einerseits zu einer Verlängerung der Unterbrechungen zwischen zwei Beschäftigungen (der „flüssigen Arbeitslosigkeit“ beim Übergang von einer Beschäftigung in eine neue) und andererseits zu einem Anwachsen von Langzeitarbeitslosigkeit, die von den Sozialwissenschaften seit Ende der 1970er Jahre als wachsendes und dramatisches Funktionsproblem der Erwerbsarbeitsgesellschaft untersucht wurde.

Der *sekundäre Integrationsmodus* ist hingegen eine Anpassung des Erwerbssystems an noch weitergehende Funktionsprobleme; er

bedeutet nicht bloß Ausweitung, sondern Funktionswandel der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und stellt in gewisser Weise eine „paradoxe“ Verkehrung ihrer Wirkungsweise dar. Dieser Funktionswandel vollzog sich in Ostdeutschland in den 1990er Jahren als originäres Produkt der Transformation, wobei sich Vorläufer schon in der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Westdeutschland vor 1990 aufzeigen lassen. Er entstand durch den Versuch, zunächst den Transformationsschock von 1990 bis 1992 und dann die anhaltende Arbeitsmarktkrise in Ostdeutschland durch Ausweitung der gegebenen, aber für einen anderen Zweck und eine andere Situation geschaffenen Institutionen und Instrumente des Erwerbsarbeitersystems zu bewältigen. Massenhafte ABM, Vorruhestandsregelungen und geförderte Beschäftigungen wurden nicht eingesetzt, um ein räumlich und zeitlich begrenztes Konjunktur- oder Strukturproblem zu lösen. Die Arbeitsmarktkrise in Ostdeutschland erwies sich als Dauerproblem.

Der Anschluß von Maßnahmen an Leistungsbezug und der Anschluß von erneutem Leistungsbezug an Maßnahmen, die wieder neue Leistungsbezugsansprüche schaffen, wurde zu einer üblichen Verfahrensweise der Politik und der Arbeitsverwaltungen, ebenso aber auch zu einer Bewältigungsstrategie der Betroffenen, die keine neue Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt finden konnten.

Auf diese Erwerbstätigen, die im „sekundären Integrationsmodus“ zwischen Leistungsbezug und Maßnahmen hin und her pendelten, griff dann seit Mitte der 1990er Jahre die sich wieder belebende gewerbliche Wirtschaft in spezifischer Weise zu. Zumindest ein Teil der im sekundären Modus in das Erwerbssystem integrierten Personen erwies sich unter den Bedingungen von Globalisierung, forciertem Strukturwandel und unsicherer Wachstumsperspektive als Reservoir für die Flexibilitätsbedürfnisse der neuen und alten gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmen, teilweise aber auch der öffentlichen Arbeitgeber. Hier konnten sie den stark schwankenden Bedarf an Arbeit außerhalb der kleiner werdenden Kernbelegschaften rekrutieren, und zwar ohne länger bindende Verpflichtungen

und zu geringen Löhnen. Die Kombination von Leistungsbezug und Maßnahmen erweiterte sich so bei einem Teil der Erwerbspersonen um kurzfristige Beschäftigungen. Solche Kombinationen in verschiedenen Proportionen sind nach unseren Beobachtungen seit Mitte der 1990er Jahre zu häufigen Erwerbsverläufen im sekundären Integrationsmodus geworden, Langzeitarbeitslosigkeit ist dagegen der Extremfall.

Primäre bzw. sekundäre arbeitengesellschaftliche Integrationen finden Ausdruck in differnten Erwerbsverläufen. Erwerbsverläufe im primären Integrationsmodus sind durch lange Beschäftigungsverhältnisse und kurze Brücken zwischen Beschäftigungsverhältnissen gekennzeichnet. Auch nach längeren Unterbrechungen (Kindererziehung, Hausarbeitszeiten) kann in diesen Verlaufsformen der Wiedereinstieg ins Erwerbsleben bewältigt werden.

Sekundäre Integration führt zu Erwerbsverläufen, bei denen der Wechsel zwischen Leistungsbezug, Maßnahmen und kurzfristiger Beschäftigung zur systematischen Voraussetzung des Verlaufs selbst geworden ist und sich wiederholt. Leistungsbezug und Maßnahmen sind keine Brücken zwischen Beschäftigungen, sondern umgekehrt: Beschäftigung wird zur Brücke und zum Mittel, den Leistungsbezug und das Anrecht auf neue Maßnahmen zu reproduzieren. Leistungsbezugszeiten und Maßnahmen sind systematische, regelmäßige und sich wiederholende Voraussetzungen des Erwerbsverlaufs.

Was im primären Modus eine Brücke war, bestimmt hier den Verlauf, so daß – in Umkehrung des ursprünglichen arbeitsmarktpolitischen Sinns – kurze Beschäftigungen zu Brücken zwischen Transferzuständen geworden sind. Das Feld sekundärer Integration reicht von instabil Beschäftigten, die zwischen Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und Arbeitsmarktmaßnahmen wechseln, über Personen, die zwischen Arbeitslosigkeit und Maßnahmen pendeln („Maßnahmekarrieren“) und kaum noch gelegentliche Beschäftigungen im ersten Arbeitsmarkt finden, bis zu Personen, deren Anspruch auf Arbeitslosengeld erloschen ist und die daher ausschließlich über sozialstaat-

liche Transfers wie Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe versorgt werden müssen. Der Anteil des Leistungsbezugs und der Arbeitsmarktmaßnahmen überschreitet das für die fordistische Erwerbsarbeit typische Maß, wird unter Umständen sogar größer als der Anteil der Beschäftigung in einem Erwerbszeitraum.

Unsere Hypothese ist, daß diese differenten Funktionsweisen zu einer Segmentierung der Erwerbsbevölkerung führen. Auf der einen Seite steht ein nach wie vor beträchtlicher Teil von Erwerbspersonen im primären Integrationsmodus. Wir schätzen, daß dieser Anteil je nach Alters- und Geschlechtsgruppe in Ostdeutschland zwischen 30% und 60% der abhängigen Erwerbstätigen ausmacht. Dem steht ein Reservoir von Personen mit sekundärer Arbeitsmarktintegration gegenüber, das – diesen ersten Schätzungen zufolge – im ostdeutschen Durchschnitt bei mehr als 30% der Erwerbsbevölkerung liegt, wobei einzelne Altersgruppen und Regionen bis zu 60% erreichen.

Der neue „sekundäre“ Integrationsmodus kann als Produkt und Verfahren sozialen Lernens verstanden werden. Verwaltungen und Politik lern(t)en, bestimmte arbeitsmarktpolitische Instrumente zur Bearbeitung einer langfristigen und anhaltenden Beschäftigungskrise, zur Sicherung von politischer Stabilität und zur Bindung von Wählerschichten einzusetzen, während die Betroffenen lern(t)en, dieselben Instrumente zum „Flicken“ ihrer Erwerbsbiographie zu nutzen.

Zumindest mittelfristig wird die Krise der Arbeitsgesellschaft, die Tatsache, daß ein relevanter Teil der Erwerbsbevölkerung nicht in normale Beschäftigung integriert werden kann, mittels eines *arbeitsgesellschaftlichen* Integrations-Instrumentariums bearbeitet. Die Bewegungsform des Widerspruchs – Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit – scheint weder die Neuverteilung der Erwerbsarbeit innerhalb der Erwerbsbevölkerung zu sein, noch die dauerhafte Aussonderung großer Teile der Erwerbsbevölkerung aus einer arbeitengesellschaftlichen Integration. Der größte Teil der überzähligen Erwerbsbevölkerung wird vielmehr über den sekundären Integrationsmodus weiter an das Erwerbssystem gebunden

und somit arbeitsgesellschaftlich integriert, obwohl Erwerbsarbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht ausreichend nachgefragt wird. Die „Bewältigung“ geschieht mittels eines arbeitsgesellschaftlichen Integrationsapparats. Das auf Erwerbsarbeit basierende Sozialsystem kann zur Bewältigung der Krise der Arbeitsgesellschaft nur eingesetzt werden, indem das arbeitsgesellschaftliche Fundament formell reproduziert wird. Die Bewegungsform des Widerspruchs „Erwerbsarbeitsgesellschaft ohne Arbeit“ ist die arbeitsgesellschaftliche Integration mittels *simulierter* oder auch *fiktiver* Erwerbsarbeit.

Methodische Voraussetzungen

Eine empirische Umsetzung des Modells unterschiedlicher Integrationsmodi verlangt, in der Quantifizierung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit bzw. Leistungsbezug von einer stichtagsbezogenen Betrachtung abzugehen, die Zustandsmerkmale des Wirtschaftssystems (z.B. die Arbeitslosenquote, die eigentlich die volkswirtschaftliche Ausnutzung des vorhandenen Beschäftigungspotentials und nicht die Lage von Individuen beschreibt). Mit dem Modell des Integrationsmodus wird die Schnittstelle zwischen Lebensführung und Wirtschaftssystem aus der Perspektive der Individuen beschrieben, allerdings nicht subjektiv – wie erlebt, erfährt und wertet der einzelne Mensch –, sondern objektiv: auf welche Weise, über welche Institutionen und Instrumente ist er praktisch in das Wirtschafts- und Transfersystem einbezogen. Methodisch geht es dabei um mehr als nur um eine andere Methode der Messung von Arbeitslosigkeit.

Dies mag an einem einfachen Beispiel verdeutlicht werden. Eine Arbeitslosenquote von 20% besagt, daß zum Stichtag 20% der Erwerbstätigen arbeitslos gemeldet sind, und wäre zu interpretieren als Größe der Nichtauslastung des „Faktors“ Arbeit durch das Wirtschaftssystem. Bezogen auf die soziale Situation der Individuen aber kann die gleiche Arbeitslosenquote ganz unterschiedliche Wirkungen haben – wie man durch eine Betrachtung der theoretisch denkbaren Extreme schnell erkennt: Erstens könnten 20% der

Erwerbstätigen ständig arbeitslos und 80% ständig beschäftigt sein. Zweitens aber könnten auch alle Erwerbspersonen 20% ihrer jährlichen Erwerbszeit arbeitslos sein. Im ersten Fall wäre ein Teil der Bevölkerung aus dem Arbeitsmarkt vollständig aus- und in ein Lohnersatzsystem eingeschlossen. Im zweiten Fall wäre die gesamte Erwerbsbevölkerung in den Arbeitsmarkt integriert und die disponible Zeit wäre gleichmäßig auf die Erwerbsbevölkerung verteilt. Bei gleicher Arbeitslosenquote wäre der Anteil von Personen in unserem Modell des sekundären Integrationsmodus im ersten Fall 20%, im zweiten dagegen Null. Abstrakt sind alle möglichen Verteilungen zwischen diesen Extremen denkbar. Sind 5% ständig arbeitslos, 30% überwiegend arbeitslos, 30% überwiegend und 35% ständig beschäftigt, so würde der Anteil des sekundären Modus beispielsweise 35% betragen.

Während die Arbeitslosigkeit einen Zustand des Wirtschaftssystems an der Schnittstelle „Erwerbsarbeit“ beschreibt, charakterisiert das Modell der Integrationsmodi den Zustand der Schnittstelle aus der Perspektive der Lebensweisen und beschreibt die Art und Weise, wie eine Gesellschaft Wirtschaftssystem und Lebensweisen der Individuen vermittelt, wie Zustände des Wirtschaftssystems in Zustände der Lebensweisen umgesetzt (oder auch übersetzt) werden. Wir meinen, daß es sich bei dieser Schnittstelle um echte *Vermittlung* zwischen Wirtschaft und Lebensweisen handelt – und nicht um eine strikte Kopplung. Dann aber kann aus dem Zustand des Wirtschaftssystems nicht unvermittelt auf die soziale Situation der Individuen geschlossen werden. Bei dem Konzept der Integrationsmodi geht es gerade um Methoden und Indikatoren, die die Wirkungsweise der Vermittlung von Wirtschaftssystem und Lebensweisen darstellen.

Für die auf den folgenden Seiten dargestellte erste und vorläufige Untersuchung der Erwerbsverläufe im Hinblick auf eine Unterscheidung primärer und sekundärer Integration mußte ein noch sehr simpler Zugang gesucht werden. In der Gesamtheit von SV-Beschäftigten (Leistungsempfänger eingeschlossen) wurden Erwerbsverläufe von fünf Jahren hin-

sichtlich der Proportion von Beschäftigung, Leistungsbezug und Maßnahmen untersucht und zugeordnet, wobei Umschulungen erfaßt, ABM und SAM als andere wichtige Maßnahmentypen momentan aber noch nicht identifiziert werden konnten. Die Ergebnisse dieser ersten Untersuchung sind im folgenden dargestellt.

2. Beschreibung des Datenmaterials

Als Datenmaterial wurde die Beschäftigungs-Leistungshistorik des IAB (BLH) genutzt. Die BLH enthält Beschäftigungs- und Leistungsdaten der Bundesanstalt für Arbeit für alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen, derzeit im Zeitraum von Januar 1996 bis Dezember 2000. Dieser Zeitraum wurde auch für die vorliegende Auswertung benutzt.

Die Daten liegen als personenbezogene Spells vor, jeder Spell beschreibt einen durch Beginn- und Enddatum definierten Zeitraum mittels einer Reihe von Variablen, die insbesondere die Beschäftigungs- bzw. Leistungsart, die Höhe des Leistungsbezugs, Qualifikation, Berufsstellung, Beendigungsgrund u.ä. darstellen. Dazu kommen Daten wie Alter, Geschlecht, Wohn- und Arbeitsort der Person. Lücken zwischen dem Enddatum eines und dem Beginndatum des folgenden Spells (bzw. Zeiten vor Beginn des ersten oder nach Ende des letzten Spells) werden als nicht gemeldete Zeiten (NGZ) behandelt.

Die in der BLH erfaßte Personengruppe umfaßt alle *abhängig* Beschäftigten, genauer: denjenigen Teil der Erwerbspersonen, für den im Beobachtungszeitraum sozialversicherungsrelevante Vorgänge gemeldet wurden, also Beschäftigung, Ausbildung, Leistungsbezug, Maßnahmen oder Freistellungen (beschäftigt mit Entgelt Null bei Krankheit, Mutterschaft oder unbezahltem Urlaub).

Als Leistungsarten sind Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld (wird bei Fortbildung und Umschulung gezahlt) und Leistungen für die Rentenkasse erfaßt.

ABM/SAM sind zwar als Beschäftigungsverhältnisse enthalten, aber bislang von anderen (nicht beförderten) Beschäftigungsver-

hältnissen nicht unterscheidbar. Dies ist eine erhebliche, allerdings nur vorläufige Einschränkung der Analysemöglichkeiten. Da ABM und SAM für die Funktionsweise des sekundären Integrationsmodus eine Schlüsselrolle haben, ist ihre Bedeutung größer, als ihr Anteil erscheinen läßt. Sie sind in gewisser Weise der Motor, der viele Arbeitslose im sekundären Integrationsmodus hält. Bei der hier vorgelegten ersten Auswertung mußten wir die ABM/SAM wie normale Beschäftigungsverhältnisse behandeln. Dies dürfte die Werte etwas zugunsten des primären Integrationsmodus verfälschen; die Arbeitsmarktsituation erscheint etwas besser, als sie ist. Für eine Folgeuntersuchung soll die Identifikation von ABM und SAM möglich gemacht werden.

In der vorliegenden ersten Auswertung wurden die Gesamtsummen von Beschäftigungszeiten, Leistungszeiten und nicht gemeldeten Zeiten über den Fünfjahres-Zeitraum ausgewertet, unabhängig davon, wie sie sich verteilen. Dies ist nur eine grobe Annäherung an das Konzept des sekundären Integrationsmodus, der ja eigentlich als bestimmte *Abfolge* von Leistungs- und Beschäftigungsarten erscheinen sollte.

Eine Verteilung von 50% Beschäftigung und 50% Leistungsbezug kann sehr verschiedene soziale Konstellationen ausdrücken. Liegt die Beschäftigung im Block am Beginn und der Leistungsbezug am Ende, handelt es sich um den „Abstieg“ aus dem primären in den sekundären Integrationsmodus. Die umgekehrte Verteilung signalisiert einen Weg in den primären Modus. Die Verteilung in viele kurze Beschäftigungs- und Leistungsspell – der für uns interessanteste Fall – verweist auf neuartige unterbrochene oder gemischte Erwerbsverläufe des sekundären Integrationsmodus.

Derartige Unterscheidungen sollen in einer Folgeauswertung im Herbst/Winter 2003/04 möglich werden. Bei allen Einschränkungen dieser ersten Auswertung ist auf das Potential dieses Materials für die Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung hinzuweisen. Die BLH enthält außerordentlich viele auswertbare Informationen. Festgestellt werden kann der Erwerbsverlauf, also die Abfolge und Länge aller Beschäftigungs- und Leistungsverhältnisse

einer Person einschließlich der Betriebs- und Ortswechsel und der erzielten Einkommen – insbesondere kann eben auch die Zeitrichtung berücksichtigt werden, z.B. beim Wechsel aus dem primären in den sekundären Modus oder umgekehrt. Die damit verbundenen Auswertungsmöglichkeiten können nur nach und nach erschlossen werden; insbesondere deshalb, weil es sich um ein kompliziertes Datenmaterial handelt, das nur nach Aufbereitung und Bereinigung wissenschaftlich sinnvolle Ergebnisse liefert. Die jetzt vorliegenden ersten Ergebnisse dienen dazu, die Möglichkeiten dieses Materials zu testen, den Umgang mit diesen Daten zu erproben und erste, noch grobe Ergebnisse zu gewinnen.

Für die geplante Folgeauswertung sind insbesondere folgende Fragen zu lösen:

1. Die ABM und SAM müssen in das Datenmaterial integriert werden.
2. Ein Verfahren zur relativ sicheren Identifikation von Einsteigern (ins Erwerbsleben), also der linkszensierten Fälle, und Aussteigern (Rentenabgänge), also der rechtszensierten Fälle, muß entwickelt werden. Dies scheint nach den derzeitigen Erfahrungen nicht ganz einfach, aber doch möglich, wobei die Trefferwahrscheinlichkeit nicht 100% betragen kann, aber doch über 95% liegen sollte.
3. Es muß eine Lösung für die räumliche Identifikation gefunden werden. Beschäftigungs- und Leistungsspeils benutzen kein einheitliches räumliches Zuordnungssystem, zudem ist in manchen Speils kein Ort angegeben.
4. Mutterschafts- und Kindererziehungszeiten müssen identifiziert und von anderen Unterbrechungen unterschieden werden; dies ist möglich, bedarf aber noch weiterer Tests, um Fehler auszuschließen.
5. Das Entscheidende aber ist die Entwicklung eines Verfahren zur zeitrichtungsspezifischen Klassifikation der Verläufe.
6. Die folgenden Auswertungen sollten auf die Verlängerung der Datei von derzeit fünf auf sechs oder sieben Jahre aufbauen. Fünf Jahre sind für die Verläufe im sekundären Modus noch etwas zu kurz.

Zur vorliegenden Auswertung

Hauptziel war es, eine Abschätzung der Größenordnung des sekundären Integrationsmodus vorzunehmen und weitergehende Auswertungsmöglichkeiten für die künftige Sozialberichterstattung zu eruieren.

Abschätzung der Größenordnung bedeutet, die Anzahl der Personen zu ermitteln, die nach ihrem Erwerbsverlauf in den fünf Jahren von 1996 bis 2000 dem primären oder dem sekundären Modus zuzuordnen sind, und zwar differenziert nach Westdeutschland (alte Bundesländer) und Ostdeutschland (neue Bundesländer und Berlin), nach Geschlecht und Altersgruppen. Bezugsgröße ist die Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einschließlich der Leistungsempfänger, die im Zeitraum von 1996 bis 2000 irgendein gemeldetes Beschäftigungs- oder Leistungsverhältnis hatten.

Damit ist zunächst die Personengruppe der primären arbeitgesellschaftlichen Integration (außer Selbständige, Unternehmer und Hausfrauen) und die sekundäre Arbeitsmarktintegration erfaßt. Aus dem verfestigten Transfermodus hingegen kann nur die Gruppe der Langzeitarbeitslosen eingeschlossen werden, sie ist aber auch nur ungenau abzugrenzen. Nicht erfaßbar sind Sozialhilfeempfänger, Erwerbs- und Berufsunfähige.

Wenn wir also im folgenden von primärem und sekundärem Integrationsmodus und der Proportionen zwischen beiden reden, so ist diese Bezugsbasis festzuhalten. Für die folgenden Befunde wurde eine 1%-Stichprobe (West) bzw. 5%-Stichprobe (Ost) benutzt, mit 377.611 Personen (West) bzw. 431.046 Personen (Ost). Nach Aufbereitung der Datei wurde zunächst unterschieden zwischen Personen, die am Anfang und am Ende enthalten sind, deren Gesamtzeit aus Beschäftigung, Leistung und nicht gemeldeten Zeiten (NGZ) also 60 Monate beträgt (Auswertungsgruppe B; enthält 193.706 Personen West bzw. 244.851 Personen Ost), und solchen, die nach dem 1.1.1996 in die Datei aufgenommen wurden oder deren letzter Spell vor dem 31.12.2000 endet (Auswertungsgruppe C; enthält 183.905 Personen West bzw. 186.195 Personen Ost).

Dabei handelt es sich um Berufseinsteiger (oder Wiedereinsteiger) bzw. Aussteiger (in Rente, in Sozialhilfe o.ä.). Eine differenzierte Zuordnung der Einstiegs- und Ausstiegsgründe und damit eine genaue Abgrenzung der tatsächlichen Ersteinsteiger und endgültigen Rentenabgänger war in dieser Auswertung noch nicht möglich, soll aber in Zukunft erfolgen.

Für jede Person wurde auf Grund aller enthaltenen Spells ermittelt, wie viele Monate sie beschäftigt war, wie viele Monate sie Leistungen bezogen hat und wie viele Monate NGZ vorliegen. (In Zukunft ist eine weitere Differenzierung nach Zeiten in ABM/SAM und FbW vorgesehen.) Weiter wurden die Anzahl der Beschäftigungs- und der Leistungs-spells, die Zahl der Unterhaltsempfänger, die Leistungsart des letzten Spells (ALG, ALH, UGH, Rentenbeiträge), der Abmeldegrund des letzten Spells und die Zahl der Wohnortwechsel ermittelt.

Bei der Auswertung wurde für jede Auswertungsgruppe (A, B, C) differenziert nach Ost und West, männlich und weiblich sowie nach fünf Altersgruppen ausgezählt, wie viele Personen einem bestimmten Merkmal bzw. einer bestimmten Merkmalsgruppe zugeordnet werden können. Beispielsweise wurde gezählt, wie viele Personen null Monate in Beschäftigung waren, wie viele einen Monat, wie viele n Monate ($0 < n < 60$); entsprechend für Leistungsempfang und für NGZ.

Es wurde weiter ausgezählt, wie viele Personen n ($0 < n < 15$) Beschäftigungs- und Leistungs-spells hatten, wie viele bezogen n -mal Unterhaltsgeld, wie viele wurden mit welchem Grund abgemeldet, wie viele haben n -mal ihren Wohnort ($0 < n < 228$) gewechselt usw.

Im Zentrum stand die Auswertung der Beschäftigungs- und Leistungszeiten. Bei der Deutung der Befunde hat sich als methodisch aussagekräftig erwiesen, die Anteile der Beschäftigungs- bzw. Leistungszeiten an der Gesamtzeit auszuzählen, also zu fragen, wie viele Personen haben jeweils eine bestimmte Relation von Beschäftigung zu Gesamtzeit (in Prozentschritten). Die absoluten Monate können nicht sauber interpretiert werden, weil dann alle Personen mit weniger als 60 Monaten herausgelassen werden müssten. Dies hätte aber

eine erhebliche Unterbewertung der Personen im Alter unter 30 bzw. über 55 Jahren nach sich gezogen. Zudem hat sich herausgestellt, daß die Auswertungsgruppe C besonders viele instabile Erwerbsverläufe aufweist. Sie wegzulassen hätte eine Verzeichnung der Situation bedeutet.

Die folgende Auswertung bezieht sich (wenn nicht ausdrücklich anders angegeben) auf die Auswertungsgruppe A (alle Personen) und die jeweils individuell ermittelten Anteile der Beschäftigungs- bzw. Leistungsmonate an der jeweils individuellen Gesamtzeit, die maximal 60 Monate beträgt (und für knapp die Hälfte der erfaßten Personen auch tatsächlich 60 Monate umfaßt).

3. Indikatoren und Befunde

Bei der Abschätzung der Größenordnung des sekundären Integrationsmodus standen uns die individuellen Beschäftigungs- und Leistungszeiten zur Verfügung, die jeweils in Relation zur Gesamtzeit einer Person (Zeit zwischen Beginn des ersten und Ende des letzten Spells) ausgewertet werden konnten. Für die Untersuchung wurden drei Indikatoren gebildet:

1. Anteil der Beschäftigungszeit an der Gesamtzeit;
2. Anteil der Leistungszeit an der Gesamtzeit;
3. Verhältnis von Beschäftigungszeiten zu Leistungszeiten, genauer: Anteil der Beschäftigungszeit an der Summe von Beschäftigungs- und Leistungszeiten.

Während bei 1. und 2. die NGZ mittelbar eine Rolle spielen (weil die Gesamtzeit wegen NGZ zwischen ersten und letztem Spell größer sein kann als die Summe von Leistung und Beschäftigung), wird der Effekt der NGZ beim 3. Indikator ausgeblendet.

Eine spezielle Untersuchung der Verteilung von NGZ in den verschiedenen Alters-, Geschlechts- und Regionalsamples hat keine sinnvoll deutbaren Ergebnisse ergeben. Hinter den NGZ stecken sehr unterschiedliche, aber eben nicht unterscheidbare Sachverhalte.

Für jede Person im Datensatz wurden diese drei Werte ermittelt. Anschließend wurde

ausgezählt, wie viele Personen jeweils in einem bestimmten Bereich liegen. Die Bereiche wurden in 10%- bzw. 25%-Schritten skaliert.

Keiner der drei Indikatoren für sich bildet den sekundären Modus exakt ab. Dies kann erst bei einer genaueren Analyse der Erwerbsverläufe gesehen, die nicht nur die Proportionen von Leistung und Beschäftigung, sondern auch die Leistungsarten, die Verteilung auf einen oder mehrere Spells sowie die zeitliche Abfolge (Bewegung aus Beschäftigung in Leistung oder umgekehrt) berücksichtigt. Hier ging es zunächst um eine Abschätzung von Größenordnungen. Dabei stützen und korrigieren sich die drei Indikatoren, so daß insgesamt ein stimmiges Bild entsteht. Indikator 1 zeigt, in welchen Zeitanteilen Personen in Beschäftigung waren. Indikator 2 zeigt, wie viele Personen hohe Anteile an Leistungszeiten haben, und Indikator 3 zeigt die Relation zwischen Beschäftigungs- und Leistungszeiten.

Bei der Deutung sind wir von folgenden Kriterien ausgegangen: Wir behandeln einen Beschäftigungsanteil von weniger als 50% (also 30 von 60 Monaten im Maximalfall bzw.

sechs Monate Beschäftigung bei 12 Monaten Gesamtzeit) als instabil und ordnen ihn dem sekundären Integrationsmodus zu. Einen Beschäftigungsanteil von mehr als 75% (45 von 60 Monaten im Maximalfall oder neun von 12 Monaten) gilt als stabil. Dies betrifft Indikator 1 (Anteil der Beschäftigungszeit an der Gesamtzeit) und Indikator 3 (Anteil der Beschäftigungszeit an der Summe von Beschäftigungs- und Leistungszeiten).

Bei der Betrachtung der Leistungsverhältnisse (Indikator 2) ordnen wir die Kriterien spiegelbildlich so: Einen Leistungsanteil von mehr als 25% (also mehr als 15 von 60 Monaten Arbeitslosigkeit bzw. mehr als drei Monate von 12) betrachten wir als Ausdruck eines instabilen Erwerbsverlaufs und ordnen ihn dem sekundären Integrationsmodus zu. Bis 10% Leistungsanteil (also sechs von 60 Monaten oder etwas mehr als einen Monat Arbeitslosigkeit in einem Jahr) behandeln wir als Ausdruck eines stabilen Erwerbsverlaufs. Wir haben hier also nicht die 50%-Marke als Grenze des sekundären Modus gewählt, sondern die 25%-Marke, weil wir davon ausgehen,

Tabelle 1: Indikatoren

Beschäftigungsanteil		Leistungsanteil	
Modus	(Indikator 1 und 3) Beschäftigungszeit bt	Modus	(Indikator 2) Leistungszeit lt
primärer Modus		primärer Modus	
Voll	bt = 100%	Null	lt = 0%
stabil	bt >= 75%	stabil	lt < 10%
unterbrochen	75% > bt >= 50%	unterbrochen	25% >= lt > 10%
sekundärer Modus		sekundärer Modus	
instabil	50% > bt > 0,5%	instabil	99% > lt > 25%
Null	bt >= 0,5%	Voll	lt > 99%

Stabil bedeutet, daß es nur relativ kurze flüssige Arbeitslosigkeit gibt, Sucharbeitslosigkeit. Die Bezeichnung unterbrochen bedeutet, daß der Erwerbsverlauf zwar unterbrochen, aber eben noch nicht instabil ist, also immer noch mehr durch Beschäftigung als durch Leistungsbezug bestimmt ist. Instabil ist ein Erwerbsverlauf, wenn weniger als 50% Beschäftigung oder mehr als 25% der Zeit in Leistung vorliegt. Bei dieser ersten Abschätzung ist sicher eine gewisse Willkür bei der Festlegung dieser Grenzen zuzugeben, nur scheinen andere Grenzziehungen noch weniger akzeptabel.

Tabelle 2: Anteil der Personen in den Integrationsmodi

Modus	Indikator 1		Indikator 2		Indikator 3	
	Primär	Sekundär	Primär	Sekundär	Primär	Sekundär
Westdeutschland	85,17%	14,83%	89,22	10,78	86,19%	13,81%
Ostdeutschland	70,75%	29,25%	73,02	26,98	65,72%	34,28%

daß für viele Personen die Ansprüche nicht ausreichen, um über mehrere Jahre Leistungen zu beziehen, und ein Teil der NGZ als Nichtbeschäftigung aus Arbeitsmarktgründen zu werten ist. Dies ist zugegeben etwas problematisch, kann aber erst bei einer genaueren Auswertung überwunden werden (vgl. dazu Tabelle 1).

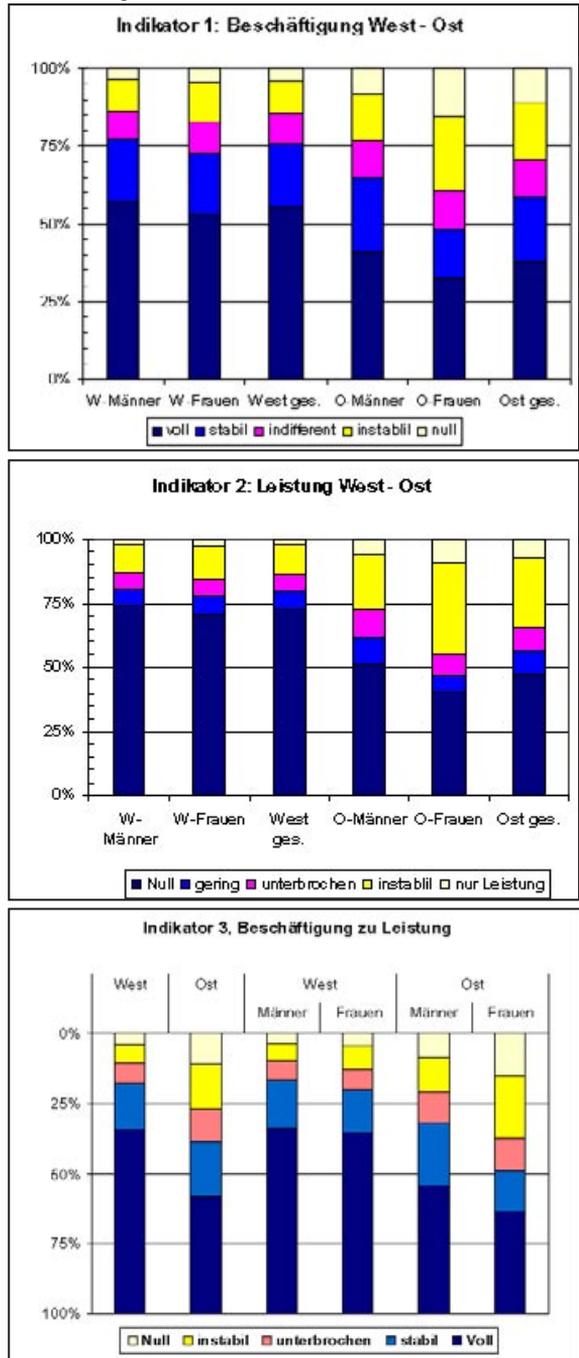
Alle drei Indikatoren haben bestimmte Unschärfen und auch Vorzüge. Indikator 1 mißt, wie viele Personen mehr oder weniger als 50% beschäftigt sind, unabhängig davon, ob die andere Zeit in Leistung verbracht wird. Ein gewisser Fehler kann entstehen, weil auch Unterbrechungen, die nichts mit dem sekundären Modus zu tun haben (z.B. Kindererziehung), in den sekundären Modus gezählt würden. Dieser Fehler tritt bei Indikator 3 nicht auf, weil hier zwingend Leistungen vorliegen müssen, um über die 50%-Schwelle gezählt zu werden. Allerdings bleiben hier NGZ wegen fehlenden Leistungsanspruchs ausgeblendet. Die beiden Indikatoren korrigieren sich gegenseitig.

Der andere Fehler besteht darin, daß auch Personen zum primären Modus gezählt werden könnten, die vom Einzelfall her deutlich in den sekundären Modus zählen würden. Beispiel: Ein Arbeitnehmer, der 19 Monate beschäftigt war und dann 12 Monate arbeitslos wurde, danach 12 Monate in ABM war und anschließend weitere 17 Monate arbeitslos war, wäre als Einzelfall zum sekundären Modus zu rechnen, würde aber bei diesem Indikator in den primären Modus gezählt (31 Monate beschäftigt gegen 29 Monate Leistung). Dieser Fehler würde bei Indikator 3 noch ausgeprägter auftreten. Wir schätzen also für Indikator 3, daß der sekundäre Modus insgesamt unterbewertet wird; dies könnte auch bei Indikator 1 der Fall sein.

Indikator 3 dagegen dürfte den sekundären Modus etwas überbewerten, weil hier eine 25%-Schwelle angewendet wird. Dadurch wird ein Teil der

Abb.1, 2 und 3: Indikator 1, 2 und 3

Anteil der Personen in verschiedenen Erwerbsmodi. Primärer Modus: stabil dunkel, unterbrochen rot bzw. grau. Sekundärer Modus: gelb bzw. hell.



Personen, die nach Indikator 1 und 3 zum primären Modus zählen, hier zum sekundären Modus gerechnet.

Für die erste vorläufige Abschätzung der Größenordnung meinen wir aber, daß der Vergleich der mit den drei Indikatoren erzielten Ergebnisse recht sicher Auskunft über die Größenordnung gibt: Der reale Wert wird zwischen den drei Werten liegen.

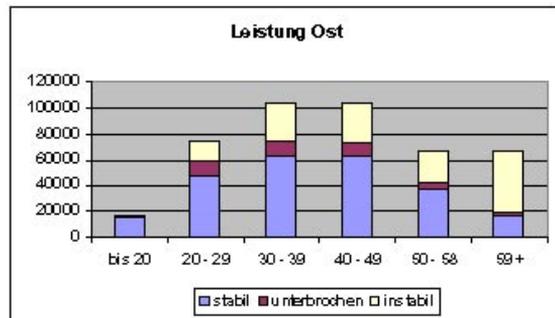
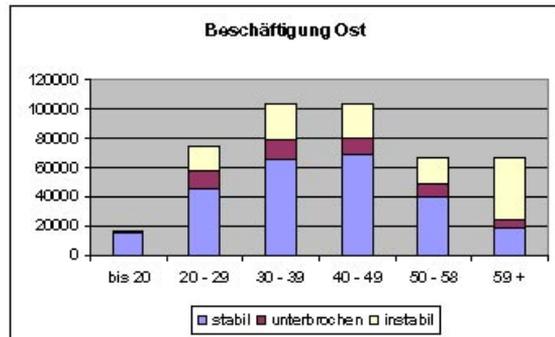
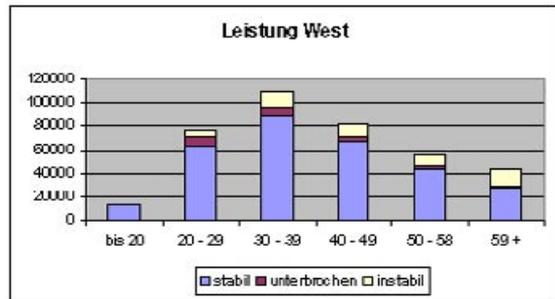
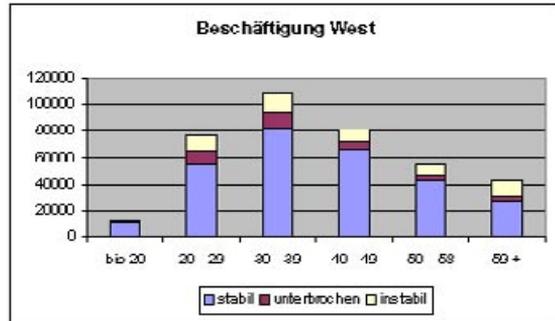
Nach diesen Kriterien umfaßt der primäre Integrationsmodus in Westdeutschland etwa 87%, der sekundäre Modus 13% der Erwerbspersonen, die im Untersuchungszeitraum erwerbstätig waren oder Leistungen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erhalten haben. In Ostdeutschland handelt es sich dagegen um 70% bzw. 30% (vgl. Tabelle 2 sowie Abb. 1, 2 und 3).

Die relativ hohe Übereinstimmung der drei Indikatoren und die den Erwartungen entsprechenden geringen Unterschiede (Indikator 3 zeigt die niedrigsten Werte) sprechen für die Richtigkeit der Zuordnungskriterien. Zu hinterfragen wäre, warum in Ostdeutschland Indikator 2, in Westdeutschland dagegen Indikator 1 den jeweils höchsten Anteil im sekundären Modus ausweist. Eine mögliche Erklärung wäre, daß die Überbewertung des Indikators 1 durch NGZ ohne Arbeitsmarktbezug eine größere Rolle spielt als in den neuen Bundesländern. Dies würde bedeuten, daß die NGZ im Osten einen etwas anderen Hintergrund haben als im Westen.

In Abb. 1 bis 3 wird der sekundäre Modus (immer gelb bzw. hell in unterschiedlichen Abstufungen) noch weiter für die Geschlechter untergliedert, zunächst aus der Perspektive der Beschäftigung, dann aus der der Leistungsverhältnisse.

Die Abbildungen 1 und 2 zeigen einen deutlich höheren Anteil instabiler Erwerbsverläufe bei den Frauen, wobei die Differenz vor allem in Ostdeutschland ausgeprägt ist. 40% der ostdeutschen Frauen haben keine oder instabile Beschäftigungen, aus Sicht der Leistungs-

Abb. 4, 5, 6, 7: Altersverteilung
Blau (dunkel): primärer Modus,
Gelb (hell): sekundärer Modus,
in absoluten Zahlen der Stichprobe



verhältnisse sind es sogar 45%.

Indikator 3 bildet im Prinzip die gleichen Relationen ab, wie erwartet aber mit etwas geringeren Werten.

Ein weiterer Blick ist auf die Altersverteilung gerichtet. (Abb. 4 bis 7; zugrunde gelegt war das Alter am 31.12.2000). Der höhere Anteil des sekundären Modus in Ostdeutschland ist auch hier zu erkennen, interessant aber ist die Verteilung. In diesen Grafiken wurden nicht die Anteile an den Alterskohorten, sondern die Absolutzahlen dargestellt, so daß auch der Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Gesamtheit durch die Höhe der einzelnen Säulen abgebildet wird.

Die Altersgruppe unter 20 Jahren hat fast keine Leistungsempfänger, und zwar deshalb, weil hier noch keine Ansprüche auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung entstehen konnten. (Beachte: Alter am 31.12.2000, also am Ende des Beobachtungszeitraums. Zu Beginn waren diese Personen also „bis 15 Jahre“.) Eine Abschätzung der tatsächlichen Lage der jungen Generation muß daher durch andere Quellen, z.B. die Sozialhilfestatistik erfolgen. (Hilfreich dürfte auch ein Vergleich mit den Ergebnissen aus „Ostmobil“ zsh Halle sein.)

Auffällig ist weiterhin der große Anteil der Gruppe über 59 Jahre in Ostdeutschland. Dies kann durch Abb. 8 weiter verdeutlicht werden. Bei der Altersverteilung zeigt sich zunächst im Osten ein größerer Anteil der älteren Jahrgänge; im Westen sind mehr als 50% jünger als 39 Jahre, im Osten nur rund 45%. Sieht man sich allerdings die Altersverteilung des stabil beschäftigten Segments an, so wird erkennbar, daß diese Differenz zu einem größeren Teil auf Leistungsempfänger zurückzuführen ist. Der Unterschied ist geringer, und auch im Osten sind mehr als 50% der stabil Beschäftigten jünger als 39 Jahre. Besonders auffällig ist, daß der hohe Anteil an Personen, die 59 Jahre und älter sind, zu einem großen Teil aus Leistungsemp-

Abb. 8: Altersverteilung der stabil Beschäftigten

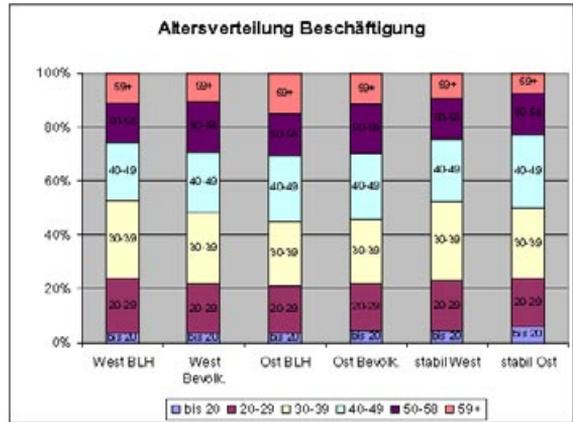
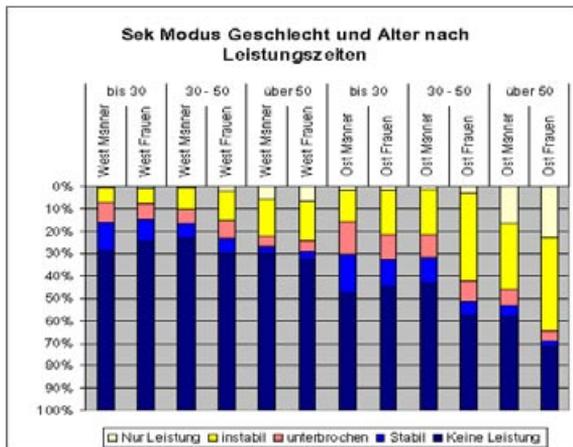
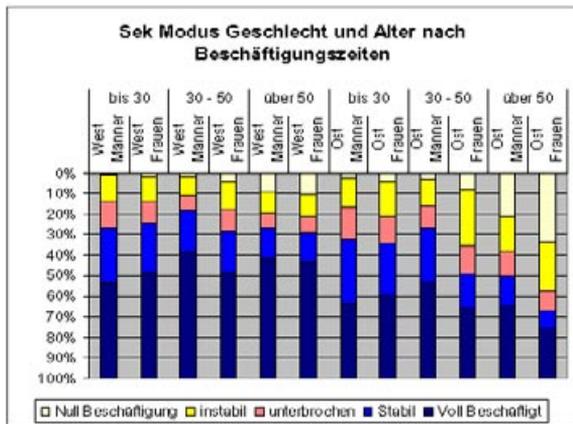


Abb. 9 und 10: Verteilung nach Altersgruppen und Geschlechtern

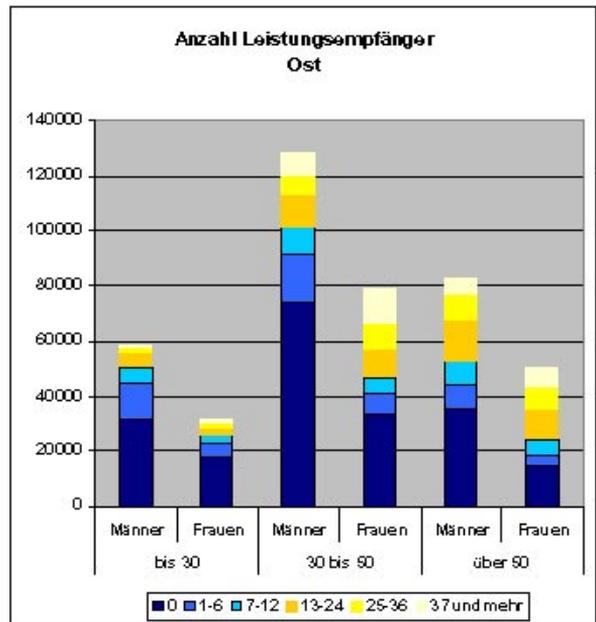
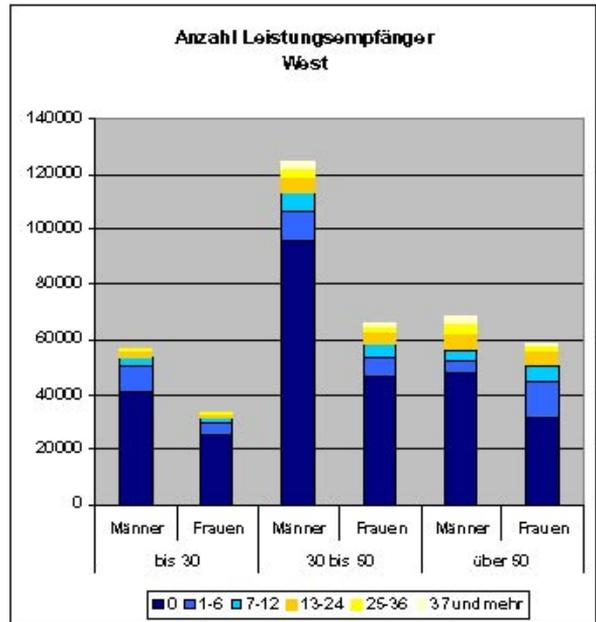


fängern besteht, vor allem im Osten. Interessant ist auch der Vergleich mit der Altersstruktur der Bevölkerung. Im Westen ist die Altersgruppe von 20 bis 29 Jahren in der BLH größer, die der 50-bis 58-Jährigen kleiner als der jeweilige Bevölkerungsanteil. Im Osten ist nur die Gruppe der über 59-Jährigen größer als der Bevölkerungsanteil, die zudem aus einem hohen Anteil von Leistungsempfängern besteht. Vergleicht man West-BLH und Ost-BLH, so scheint die Altersstruktur im Osten verschoben: Die Jahrgänge unter 30 sind im Osten kleiner, die älteren dagegen größer als im Westen, besonders die über 59-Jährigen. Dieser Effekt geht aber nicht auf Beschäftigte, sondern auf Leistungsempfänger zurück. Betrachtet man nur das stabil beschäftigte Segment (Abb. 8), so ist die Altersstruktur im Osten sogar „jünger“ als im Westen (Säulen stabil West und stabil Ost). Die Gruppe unter 20 ist größer, die über 50 kleiner, wobei die Gruppe 40–49 relativ zum Bevölkerungsanteil überproportional vertreten ist. Hier gibt es keine Indizien für eine Überalterung der Beschäftigten.

Betrachten wir nun die Geschlechterverteilung in den Altersgruppen (Abb. 9 und 10). Hier zeigt sich zunächst noch einmal der Unterschied zwischen Osten und Westen und den Geschlechtern. Letzterer ist im Osten wesentlich stärker als im Westen und betrifft in beiden Fällen vor allem die Frauen über 30.

Zwar ist der Beschäftigungsanteil bei Frauen zwischen 30 und 50 Jahren geringer als der von Männern und auch geringer als der der Frauen unter 30. Aber bei den Frauen über 50, die kaum kleine Kinder haben dürften, ist er noch höher. Das gleiche Ergebnis, eher noch ausgeprägter, zeigen die Leistungsverhältnisse. Man kann schlußfolgern, daß die entscheidende Ursache nicht in freiwilligem Beschäftigungsverzicht bei hinreichender finanzieller Absicherung durch familiäre oder andere Transfers außerhalb der Leistungen

Abb. 11 und 12: Indikator 2, absolute Zahlen



der Arbeitslosenversicherung besteht, sondern in der Arbeitsmarktsituation der Betroffenen.

Die absoluten Zahlen (Abb. 11 und 12) zeigen zusätzlich zu den Ost-West-Unterschieden bei den Anteilen der Frauen an den Leistungsempfängern

auch, daß im Westen wie im Osten mehr Männer und weniger Frauen erwerbstätig sind (siehe dazu auch Abb. 13, 4 und 12). Frauen stellen im Westen nur 34%, im Osten 37% der sozialversicherungspflichtigen Erwerbspersonen. Im Osten ist aber der Anteil der Frauen im sekundären Modus mit fast 40% sehr groß, der Anteil der Frauen im primären Erwerbsmodus daher deutlich geringer als im Westen. Die Abbildungen zeigen die Zusammensetzung der in der BLH enthaltenen Personen nach Geschlecht und primärem bzw. sekundärem Integrationsmodus.

*Leistungsbezug
mehr als 12 bzw. 24 Monate*

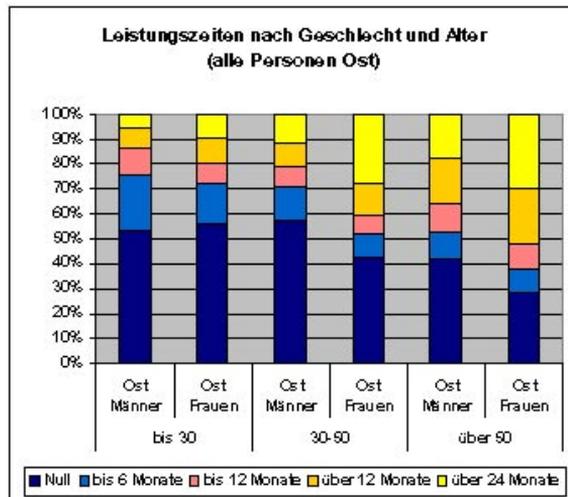
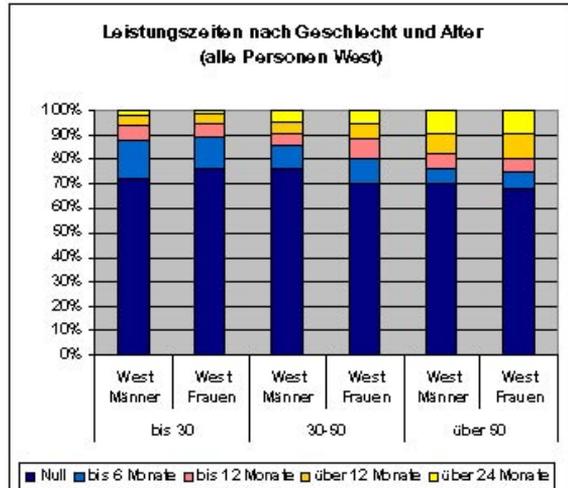
In den alten Bundesländern waren etwa 10% aller Personen mehr als 12 von 60 Monaten arbeitslos, etwa 5% mehr als 24 Monate. Im Osten lauten die entsprechenden Zahlen ca. 20% bzw. 30%. Die kumulierten Leistungszeiten sind bei der Altersgruppe über 50 deutlich höher als in den jüngeren Alterskohorten (Abb. 13 und 14). Rund 20% dieser Personen sind im Westen mehr als 12 Monate arbeitslos, im Osten sind es über 50%. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind im Westen gering, im Osten dagegen erheblich.

Hier zeigt sich, daß der Übergang aus der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand zu einem bedeutenden Teil über Leistungsbezugszeiten erfolgt, auch nachdem es offiziell keine Vorruhestandsförderung mehr gibt. Die gesellschaftlichen Kosten des Altersübergangs werden zu einem erheblichen Teil durch die Arbeitslosenversicherung finanziert.

**4. Vergleich der Regionen
Neubrandenburg und Jena**

Für den Vergleich wurde die Region mit der geringsten und die mit der höchsten Arbeitslosenquote ausgewählt: Jena und

Abb. 13 und 14: Anteil von Fällen mit mehr als 12 bzw. 24 Monaten Leistungsbezug (gelb bzw. hell)



Neubrandenburg. Aus datentechnischen Gründen war es nicht möglich, Landkreise zu verarbeiten, daher mußten Arbeitsamtsbezirke ausgewählt werden. Diese relativ großen Einheiten vereinen natürlich wieder sehr unterschiedliche Situationen. Es ist daher durchaus möglich, daß eine kleinteiligere Untersuchung – etwa Landkreis Demmin gegen Jena-Stadt – etwas andere Ergebnisse liefern würde.

Der Vergleich der Regionen Neubrandenburg und Jena (Tabelle 3) liefert das erwartete Bild und ist so gesehen eher langweilig. Neubrandenburg liegt bei allen Parametern über, Jena bei allen unter

Tabelle 3: Anteil des sekundären Modus im Vergleich zwischen den Arbeitsamtsbezirken Jena und Neubrandenburg

sek. Modus	Männer bis 30	Frauen	Männer 30 bis 50	Frauen	Männer über 50	Frauen	Männer alle Jahrg.	Frauen	beide
Indikator 1 Neubrandenburg Jena	17,1% 16,1%	22,6% 17,2%	17,3% 13,6%	41,8% 30,6%	38,9% 36,8%	64,0% 60,4%	22,8% 21,0%	42,6% 35,8%	29,9% 26,3%
Indikator 2 Neubrandenburg Jena	18,4% 14,4%	25,2% 17,9%	25,4% 18,5%	52,2% 39,8%	48,4% 45,6%	73,5% 67,6%	29,6% 25,6%	50,9% 42,4%	37,2% 31,6%
Indikator 3 Neubrandenburg Jena	12,0% 9,8%	19,6% 13,3%	16,2% 12,00%	40,6% 28,6%	37,6% 35,5%	63,1% 59,5%	20,7% 18,4%	41,0% 33,7%	28,0% 23,8%
Mittel Neubrandenburg Jena	15,8% 13,4%	22,5% 16,1%	19,6% 14,7%	44,9% 33,0%	41,6% 39,3%	66,9% 62,5%	24,3% 21,7%	44,9% 37,3%	31,7% 27,2%
Zum Vergleich	14,5% 9,0%	20,0% 9,2%	17,5% 9,5%	36,9% 15,3%	40,5% 19,7%	59,4% 21,5%	23,9% 12,3%	40,6% 14,2%	30,2% 13,1%

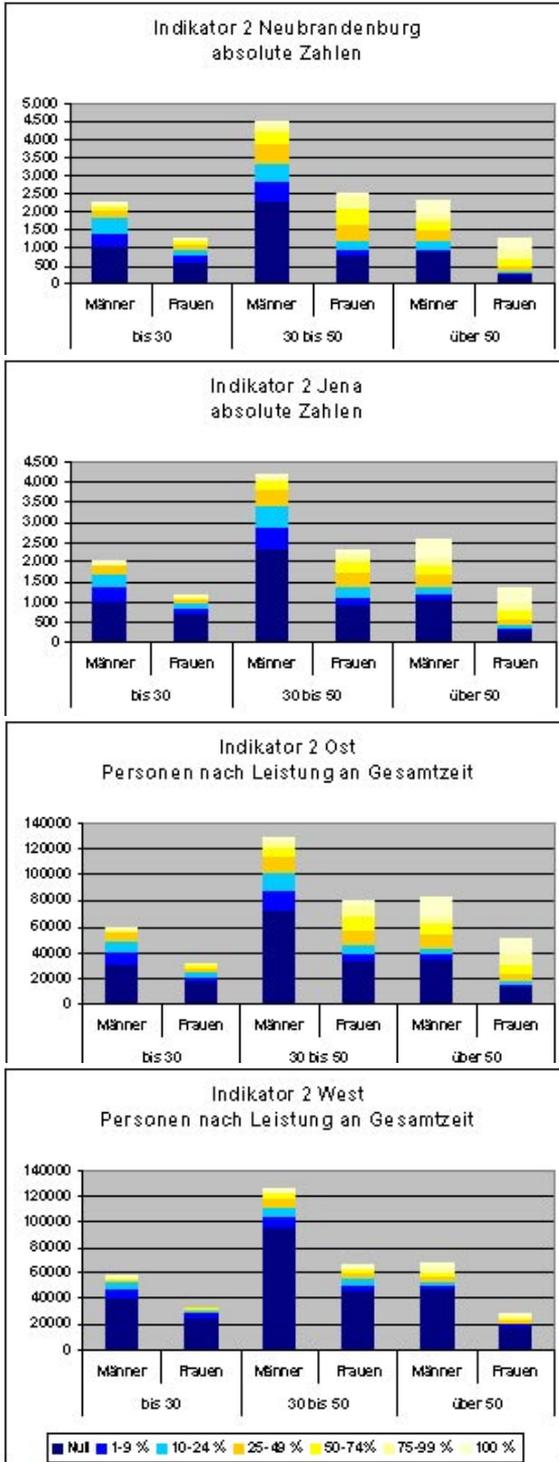
den ostdeutschen Gesamtwerten. Dies gilt sowohl für die drei Indikatoren als auch für die Langzeitarbeitslosigkeit.

Bemerkenswert ist aber die Feststellung, daß Neubrandenburg, Ost gesamt und Jena deutlich eine Gruppe im Unterschied zu West bilden: 31,7% (NB), 30,2% (Ost) und 27,2% (Jena) gegen 13,1% (West) lauten die gemittelten Werte der drei Indikatoren. Bei Langzeitarbeitslosen sieht es ähnlich aus. Für „größer als 12 Monate“ lauten die Werte: 33% (NB), 30% (Ost) und 27% (Jena) zu 11% (West). Die Abbildungen 15 bis 18 machen auch optisch deutlich, daß Ostdeutschland, Neubrandenburg und Jena ein ähnliches Bild zeigen, sich aber von der Verteilung in Westdeutschland unterscheiden.

Die Unterschiede zwischen der besten und der schlechtesten ostdeutschen Region sind hinsichtlich der untersuchten Parameter also eher gering. Es wäre allerdings zu vermuten und zu prüfen, ob die doch relativ große Nähe der guten und der schlechten Region eine Folge deutlich größerer Arbeitsmarktinterventionen in der schlechten Region ist.

Dieser Befund widerlegt die zuweilen geäußerte These, die besten Ost-Regionen hätten hinsichtlich der Arbeitslosigkeit inzwischen fast den Anschluß an den Westen erreicht. Betrachtet man die Anteile der Beschäftigungs- und Leistungszeiten in dem untersuchten Fünfjahreszeitraum, so ist das Gegenteil richtig. Die ostdeutschen Regionen sind im Verhältnis zum Westen alle „schlecht“, stehen fast gleich ungünstig da.

Dies sagt natürlich nichts über mögliche Unterschiede hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die in Jena größer sein dürfte als in Neubrandenburg. Man kann sogar vermuten, daß die Region Jena tatsächlich hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungskraft an westdeutsche Regionen angeschlossen hat. Dann aber würde dieser Befund eine interessante These stützen: Die Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt sind unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungskraft in



beiden Regionen schlecht. Die These, ein deutlich höheres Wachstum (in der Region Jena) würde über die Nachfrage nach Arbeit einen deutlich besseren Zugang zum Arbeitsmarkt schaffen, stimmt so jedenfalls nicht. Hier ist zu berücksichtigen, daß die in Jena florierenden Unternehmen meist mit sehr wenig Personal auskommen und eine auch im Vergleich zu Westdeutschland sehr hohe Arbeitsproduktivität aufweisen.

Eine Integration der Anfang der 1990er Jahre freigesetzten Arbeitskräfte im Zuge der Restrukturierung und des Aufbaus einer modernen Industrie jedenfalls wäre dann nicht zu erwarten.

Anmerkung

- Das Konzept der Untersuchung wurde von Rainer Land, Holger Alda, Friedrich Hauss und Andreas Willisch entwickelt. Die Datenanalysen wurden im IAB von Holger Alda durchgeführt. Die Endredaktion des vorliegenden Berichts nahm Rainer Land vor. Eine vergleichende Diskussion anderer Untersuchungen und Ergebnisse wird im Zusammenhang mit der Folgeuntersuchung vorgelegt. Diese Untersuchung kann als pdf-Datei mit farbigen Abbildungen kostenlos im Internet unter www.thuenen-institut.de bezogen werden.

Abb. 15 bis 18: Anteil Leistungsbezug (Indikator 2) in Neubrandenburg und Jena im Vergleich zu West- und Ostdeutschland insgesamt.

Berliner Debatte Initial 15 (2004) 2

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

GSFP – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH. Herausgegeben im Auftrag des Vereins Berliner Debatte INITIAL e.V. Berliner Debatte Initial erscheint alle zwei Monate.

Redaktion: Henri Band, Harald Bluhm, Erhard Crome, Scott Gissendanner, Birgit Glock, Wladislaw Hedeler, Wolf-Dietrich Junghanns, Cathleen Kantner, Lutz Kirschner, Rainer Land, Ingrid Oswald, Hartwig Schmidt, Udo Tietz, Jan Wielgohs, Andreas Willisch, Rudolf Woderich

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de

Internet: www.berlinerdebatte.de

Verantwortlich für Schwerpunkt und Heft:
Andreas Willisch (v.i.S.d.P.)

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

Abo-Bestellungen: inter abo, PF 360520, 10975 Berlin; Tel. (030) 61105475, Fax (030) 61105480. Das Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Einzelhefte werden per Post mit Rechnung verschickt. **Bestellungen:**

leidenschaften@berlinerdebatte.de

Tel.: +49-39931-54726

Fax: +49-39931-54727

Post: PF 58 02 54, 10412 Berlin

pdf-Dateien einzelner Artikel:

siehe www.berlinerdebatte.de

Preise: Einzelheft 8 €, Doppelheft 16 €

Abonnement: Jahresabo 35 €

Ausland zuzüglich Porto.

Studenten, Rentner und Arbeitslose 18 €,

Nachweis beilegen. Ermäßigte Abos bitte nur

direkt bei *Berliner Debatte Initial* per Post oder

per Fax 039931-54727 bestellen.

Autorenverzeichnis

Holger Alda,
Soziologe, IAB Nürnberg

Patrick Baltzer,
Ethnologe, Berlin

Dirk Baecker, Prof. Dr.
Soziologe, Universität Witten/Herdecke

Harald Bluhm, PD Dr.
Politikwissenschaftler, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

Heinz Bude, Prof. Dr.
Soziologe, Universität Kassel

Volker Eick,
Politologe, Berlin

Friedrich Hauss, Dr.
Soziologe, Berlin

Guido O. Kirner, Dr.
Historiker und Sozialwissenschaftler, Berlin

Dirk Konietzka, Dr.
Soziologe, Max-Planck-Institut für demographische Forschung Rostock

Rainer Land, Dr. sc.
Sozialwissenschaftler, Thünen-Institut Röbel

Stefan Mann, Dr.
Agrarökonom, Eidgenössische Forschungsanstalt, Ettenhausen (Schweiz)

Thomas Müller, Student
Erziehungswissenschaften, Soziologie und Philosophie, Humboldt-Universität zu Berlin

Ingrid Oswald, PD Dr.
Soziologin, Thünen-Institut Röbel

Peter Sopp,
Soziologe, München

Berthold Vogel, Dr.
Soziologe, Hamburger Institut für Sozialforschung

Andreas Willisch,
Soziologe, Thünen-Institut Röbel

